

Drei Fragen an Mickaël Forrest

Kapitel XI der Charta der Vereinten Nationen definiert nichtautonome Gebiete als Hoheitsgebiete, »deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben«. In ihrer Resolution 66 (I) vom 14. Dezember 1946 hat die Generalversammlung eine Liste von 72 Gebieten erstellt, auf die Kapitel XI der Charta Anwendung findet. Strebt Neukaledonien an, seine Unabhängigkeit von Frankreich zu erklären, um von dieser Liste der nichtautonomen Gebiete gestrichen, ein unabhängiger Staat und schließlich ein Mitglied der Vereinten Nationen zu werden?

Die Resolution 1514 (XV) der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1960 bekräftigt das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Im Rahmen des Abkommens von Nouméa zwischen Frankreich und Neukaledonien wurden im Jahr 1998 bestimmte Kompetenzen auf Neukaledonien übertragen – mit Ausnahme von Verteidigung, Sicherheit, Justiz und Finanzpolitik. Somit hat sich Neukaledonien auf einen Weg der Emanzipation und Dekolonisation sowie der kulturellen, sozialen und politischen Souveränität begeben.

Inwieweit arbeitet Neukaledonien mit den UN zusammen und kann es von den einzelnen UN-Organisationen vor Ort profitieren?

Die Entscheidungen der UN-Generalversammlung bieten Möglichkeiten der Zusammenarbeit für Neukaledonien. Wir haben daher Arbeitsbeziehungen etwa mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) aufgebaut. Darüber hinaus profitieren wir von der Unterstützung der Abteilung Wahlhilfe in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung (DPPA) bei der Überprüfung der Wählerlisten.

Wo und wie sehen Sie und die Bevölkerung Neukaledoniens die Zukunft Neukaledoniens?

Der Pazifik ist Gegenstand eines ständigen Einflusskampfes zugunsten der Interessen großer Mächte. Wir müssen unsere regionale Plattform stärken, um den politischen Herausforderungen zu begegnen, wohlwissend, dass die klimatischen Herausforderungen weiterhin auf unsere Bevölkerung einwirken. In dieser globalisierten Geopolitik wird Neukaledonien seine Anstrengungen für einen freien und solidarischen Pazifik fortsetzen.



Mickaël Forrest

ist Minister für Sport in der Regionalregierung Neukaledoniens und gleichzeitig Beauftragter für internationale Angelegenheiten. Neukaledonien ist eine Inselgruppe, die zu Frankreich gehört und sich im Südpazifik in der Nähe Australiens befindet. FOTO: SOUTH PACIFIC ISLANDS TRAVEL

erreichen, bildeten sie zu bestimmten Themen formelle und informelle Interessensgemeinschaften, schalteten UN-Bedienstete ein, schufen neue Regeln und Verfahren und engagierten nichtstaatliche Organisationen (NGOs), um gegen den *Status quo* zu protestieren: das ungleiche Verhältnis zwischen Nord und Süd.

Während die Akteure des Globalen Südens im UN-Umfeld zusammenarbeiteten, vernetzten sie sich immer stärker. Sie verfolgten gemeinsame Ideen zur Dekolonisation, die sie nach und nach auch umsetzen konnten. Dies führte schließlich zu grundlegenden Veränderungen. Durch intensive Kontakte zwischen dem Globalen Süden und Vertreterinnen und Vertretern des Westens veränderte sich die Dekolonisationspolitik in diesen Jahren sehr stark und wirkte sich sowohl positiv als auch negativ auf die UN und auf die afrikanischen Staaten aus. Obwohl die Vereinten Nationen in den Bereichen Dekolonisation, wirtschaftliche Eigenständigkeit und Menschenrechte kompetenter wurden, führte der Kampf um ihre Souveränität viele frisch unabhängig gewordene Staaten direkt in einen Nord-Süd-Konflikt. Es stellte sich die grundlegende Frage, was die UN, die schließlich zum größten Teil von ehemaligen Kolonialmächten dominiert werden, überhaupt tun können und worin die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft besteht, das Thema Kolonialherrschaft endgültig abzuwickeln. Wie die Debatten um die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete und die Gräueltaten am palästinensischen Volk zeigen, bleiben die Fragen, wie und wann die internationale Gemeinschaft handeln sollte, nach wie vor äußerst aktuell. Somit ist dies auch ein guter Zeitpunkt, um das verlockende Versprechen der UN, den Prozess der Dekolonisation zu vollenden, genauer zu untersuchen.

Die UN-Gründungskonferenz und die Ursprünge der Dekolonisation

Zwischen April und Juni 1945 versammelten sich in San Francisco in den USA rund 850 Delegierte, die 50 Nationen vertraten, um auf der Konferenz der Vereinten Nationen eine internationale Organisation zu gründen sowie die UN-Charta und das Statut des Internationalen Gerichtshofs (International Court of Justice – ICJ) zu beschließen. Unter den Delegierten befanden sich auch Vertreter asiatischer und lateinamerikanischer Staaten, wie etwa Carlos Rómulo aus den Philippinen, Mahatma Gandhi und Vijaya Lakshmi Pandit aus Indien und Eduardo Zuleta Ángel aus Kolumbien. Afrika war durch Repräsentanten aus Ägypten, Äthiopien, Liberia und Südafrika vertreten, doch die meisten afrikanischen Staaten standen noch unter Kolo-